



Kleinbauern weiterhin im Abseits - Proteste auf der WTO-Ministerkonferenz

Von Kerstin Lanje, Germanwatch

Die Landwirtschaft ist in und für Entwicklungsländer sehr bedeutend. Die Mehrheit der Landwirte lebt in Entwicklungsländern. Der überwiegende Teil der über 850 Millionen Hungernden lebt auf dem Land. Das Forum Umwelt und Entwicklung hat im Vorfeld der 6. Ministerkonferenz deutlich gemacht, dass das Recht auf Nahrung absoluten Vorrang erhalten muss. Dazu gehört neben dem schnellen Ende der Agrarsubventionen und dem verbesserten Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten des Nordens vor allem der effektive Schutz der Märkte in Entwicklungsländern vor ausländischer Billigkonkurrenz.¹

Auf der 6. Ministerkonferenz in Hongkong haben einige Farmerorganisationen für ihre Anliegen gekämpft. Bedeutsamstes Beispiel sind die koreanischen Reisbauern, von denen über 5.000 anwesend waren. Aber auch die weltweite Kleinbauernvereinigung Via Campesina war mit über 4.000 Mitgliedern vertreten. Die 740 Millionen Landwirten in China waren nicht anwesend, dabei hat sich gerade für sie die Situation seit Chinas WTO Beitritt verschlechtert. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe können bei Getreide und Baumwolle kaum mit dem ausländischen Agrobusiness konkurrieren, die 26 Millionen Zuckerrohranbauern kämpfen mit der Konkurrenz aus Thailand und Indien.

Agrarexportsubventionen

Zentral für das Verhandlungsgeschehen im Agrarbereich waren die geforderte Abschaffung der Agrarexportsubventionen in der Europäischen Union und die von ihr im Gegenzug angemahnten Kürzungen anderer Agrarexportsubventionen wie die Nahrungsmittelhilfe der USA, Exportkreditprogramme und die Exporte von Staatsbetrieben. Dieses Beharren auf Gleichbehandlung der Formen schien Verhandlungsmasse zu sein. Zu Beginn der Verhandlungen standen sich die USA und die Verhandlungsdelegation der EU bei gegenseitigen Schuldzuweisungen in Nichts nach. Als Endtermin wurde 2013 vereinbart - ein Zugeständnis an den Zeitrahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Das Ende der Exportsubventionen ist sehr zu begrüßen – allerdings ist es längst überfällig und die internen Stützungen in Form von Subventionen und anderen Hilfen der EU in Höhe von 55 Milliarden Euro jährlich werden kaum angetastet. Der EU-Forderung nach Gleichbehandlung der unterschiedlichen Exportsubventionen wurde in sofern Rechnung getragen, als alle Formen von Exportsubventionen und Exportmaßnahmen mit den gleichem Auswirkungen bis zum Ende 2013 auslaufen müssen. Ein substantieller Abbau soll bereits früher verwirklicht werden, jedoch müssen dafür noch die spezifischen Modalitäten entwickelt werden.

Marktzugang

Beim Marktzugang werden die Behandlung von sensitiven Produkten anerkannt und die jüngsten Bewegungen in der Behandlung von Special Products und Elementen von Special Safeguard Mechanismen wahrgenommen. Hier heißt es sehr vage, dass Entwicklungsländer eine Flexibilität haben, selbst eine angemessene Anzahl von Tariflinien als Special Products festzulegen,

¹ Forum Umwelt und Entwicklung: Den Welthandel gerecht gestalten: Vorrang für Menschenrechte, Armutsbekämpfung und Umweltschutz, November 2005

welche auf den Kriterien für Ernährungssicherheit, Schutz der Lebenswelt und ländlicher Entwicklung beruhen. Sie werden auch die Möglichkeit haben, den Special Safeguard Mechanism an Importmengen und Höhe der Preise zu binden. Allerdings müssen die spezifischen Arrangements zur Umsetzung noch vollständig definiert werden und sollen daher ein integraler Bestandteil der Modalitäten der Agrarverhandlungen sein.

Ein entwicklungspolitisches Desaster ist das Ergebnis für Baumwolle. Den ungerechten Handelsbedingungen bei Baumwolle sollte in Hongkong entgültig ein Ende gemacht werden. Doch außer dem Abbau der ohnehin illegalen Exportsubventionen der USA wurde keine Forderung der westafrikanischen Staaten richtig aufgenommen. Vage heißt es: Die Modalitäten für die Kürzungen der internen Subventionen werden in einer kürzeren Zeit eingeführt, als bei anderen Agrarprodukten. Zudem wird ein Zoll- und quotenfreier Marktzugang zum Ende der Doha-Runde vereinbart. Dieser nützt den westafrikanischen Baumwollanbauern allerdings nichts, da sie nicht gegen die subventionierte Baumwolle in den USA konkurrieren können.

Beim Zoll- und quotenfreien Marktzugang konnte sich die USA mit ihrer Forderung durchsetzen, einige Bereiche auszunehmen, nämlich drei Prozent der Produktlinien. Damit kann die USA ihren Textilsektor und Japan seinen Reis- und Ledersektor weiterhin vor den Exporten aus den ärmsten Ländern schützen. Reiche Länder haben also weiterhin die Möglichkeit, den Marktzugang für Produkte zu verweigern, in denen arme Länder wie Bangladesh konkurrenzfähig sind. Diese drei Prozent Schutz verhindern Arbeitsplätze und Einkommen für Kleinbauern und in Kleinindustrien in Entwicklungsländern. Gerade dies sollte jedoch das Ziel einer Entwicklungsrunde sein.

Die im Entwicklungspaket vorgesehene Hilfe für den Handel ist das Überbleibsel einer ganzen Reihe von Forderungen für Entwicklung. Es lässt sich lange darüber debattieren, ob es immer im Sinne von nachhaltiger Entwicklung ist, Gelder für den Aufbau von Exportstrukturen zu verwenden anstatt über eine umfassendere Regionalentwicklungsstrategie nachzudenken. Tatsächlich wird nun erst einmal in einer Task Force darüber nachgedacht, wie die Aid for Trade am effektivsten den Zielen der Doha Entwicklungsrunde entspricht. Allerdings ist der Generaldirektor nur eingeladen, diese zu gründen. Zudem sollen Gespräche mit IWF und Weltbank geführt werden, damit ein angemessener Mechanismus zur Finanzierung der Aid for Trade entwickelt werden kann. Ausdrücklich wird erwähnt, dass dies auch in Form von Krediten passieren kann. Es wird also keine zusätzlichen Mittel geben. Kredite für die Förderung von Exportproduktionen sind aber ohnehin erhältlich und können nicht als Errungenschaft eines Entwicklungspaketes durchgehen.

Fazit

In den Gesamtschätzungen der Ergebnisse werden das Ende der Agrarexportsubventionen als schwache Gegenleistung zu den Zugeständnissen in den Bereichen Dienstleistungen und NAMA gesehen. Tatsächlich konnten sich die Entwicklungsländer in einigen Verhandlungsfeldern im Agrarbereich besser durchsetzen als gedacht. Ob sich die Situation von Millionen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Fischern und Landlosen durch die wagen Versprechungen bei Special Products und Special Safeguard Mechanism verbessern wird, ist sehr fraglich.